

Fachbereich Zentrale Dienste, Digitales, Bürgerservice und Soziales
0543/VIII

Gremium: Haupt-, Finanz- und öffentlich
Beschwerdeausschuss
Sitzung am: 17.6.2021

Einrichtung von Ausbildungsstellen

Sachverhalt:

Derzeit befinden sich 38 Personen bei der Stadtverwaltung in der Ausbildung (fünf Stadtinspektoranwärterinnen, sieben Verwaltungsfachangestellte, zwei Fachinformatiker, fünf Erzieher/innen, eine Berufspraktikantin im Anerkennungsjahr zur Erzieherin, zwölf Notfallsanitäter/innen und sechs Brandmeisteranwärter); davon beenden eine Stadtinspektoranwärterin, drei Verwaltungsfachangestellte, ein Erzieher, eine Berufspraktikantin im Anerkennungsjahr zur Erzieherin, drei Notfallsanitäter/innen und sechs Brandmeisteranwärter voraussichtlich im Sommer 2021 erfolgreich die Ausbildung. Das Ziel ist die Übernahme aller Auszubildenden nach dem erfolgreichen Ausbildungsabschluss in ein unbefristetes Arbeits- bzw. Beamtenverhältnis bzw. in Abhängigkeit der Abschlussnote in ein zunächst auf ein Jahr befristetes Arbeitsverhältnis.

Ab August/September 2021 beginnen weitere zwölf Ausbildungskräfte ihre Ausbildung (zwei Stadtinspektoranwärter/innen, zwei Verwaltungsfachangestellte, zwei Erzieherinnen, zwei Berufspraktikantinnen im Anerkennungsjahr zur Erzieherin und vier Notfallsanitäter/innen).

Ursprünglich war geplant – aufgrund der nach wie vor starken Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt – Ausbildungsplätze für drei Verwaltungsfachangestellte, einen Bachelor of Laws, zwei Fachinformatiker/innen, vier Notfallsanitäter/innen sowie bis zu vier Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr zum/zur Erzieher/in sowie vier Erzieher/innen anzubieten. Um durch eine jetzige Entscheidung nicht bereits Haushaltsmittel für die Finanzplanungsjahre 2022-2025 zu binden, soll jedoch zunächst jeweils nur ein Platz pro Ausbildungsgang eingeplant werden. Im Zuge der Beratungen für den Haushalt 2022 soll dann entschieden werden, ob die Plätze in einzelnen Ausbildungsgängen noch aufgestockt werden können.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung für das Jahr 2022 vor, eine Ausbildungsstelle für das duale Studium zum Bachelor of Laws (Stadtinspektoranwärter/innen) in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung einzurichten und zusätzlich eine/n Verwaltungsfachangestellte/n, eine/n Erzieher/in, einen Berufspraktikanten im Anerkennungsjahr zum/zur Erzieher/in, eine/n Fachinformatiker/in und eine/n Notfallsanitäter/in auszubilden.

Sowohl die Rathaussanierung und die damit verbundene Interimslösung als auch die Corona-Pandemie stellen die Verwaltung im Hinblick auf die Ausbildung vor große Herausforderungen und erfordern eine größere Flexibilität der Dienststellen, um den Anforderungen an die Ausbildung gerecht zu werden. Es muss sichergestellt werden, dass alle Fachämter ausreichend räumliche und personelle Kapazitäten vor Ort haben, um weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausbildung gewährleisten zu können. Die Reduzierung der Ausbildungsstellen kann sich insofern auch begünstigend auswirken, da weniger Auszubildende in den Praxisabschnitten zugeteilt werden müssen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmt der Einrichtung von **sechs Ausbildungsstellen** wie in der Vorlage dargestellt zu. Die erforderlichen Finanzmittel werden im Haushalt 2022 ff. bereitgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die 5 geplanten Ausbildungsplätze im Verwaltungs- und Kitabereich sind bereits in der Finanzplanung für Haushalt 2022 (43.000 €), 2023 (86.000 €) und 2024 (74.000 €) berücksichtigt, 2025 sind 43.000 € zu veranschlagen.

Die Lohnkosten des Ausbildungsplatzes im Rettungsdienst sind ebenfalls in der Finanzplanung für 2022 (7.000 €), 2023 (20.000 €), 2024 (21.000 €) berücksichtigt, 2025 sind 14.000 € zu veranschlagen. Zusätzlich fallen Kosten für die theoretische Ausbildung an der Landesschule Nordrhein des DRK und die praktische Ausbildung im Krankenhaus an. Diese Kosten sind ebenfalls in der Finanzplanung für 2022 (6.000 €), 2023 (18.000 €) und 2024 (18.000 €) berücksichtigt, für 2025 sind 12.000 € zu veranschlagen.

Leit- und strategische Ziele:

Die Maßnahme dient dem Leitziel einer bürgernahen und effizienten Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmt der Einrichtung von **sechs Ausbildungsstellen** wie in der Vorlage dargestellt zu. Die erforderlichen Finanzmittel sind in der Finanzplanung 2022-2024 enthalten, für 2025 sind dann 69 T€ in der künftigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Siegburg, 31.5.2021